

Patrick Cotti
Loretöhöhe 7

Alice Landtwing
Löberenstrasse 20a

Martina Arnold
Bellevueweg 5b

Urs Bertschi
Weinbergstrasse 42c

Stadtkanzlei Zug
Frau Ruth Jorio, GGR-Präsidentin
Postfach
6301 Zug

6300 Zug, 31. Oktober 2002

**Interpellation: Verhandlungsbereitschaft des Stadtrates betreffend einer
Zwischennutzung des Zeughausareals**

Der Stadtrat ist über die ausserparlamentarischen Verhandlungsbemühungen von vier Gemeinderätinnen und -räten informiert, welche während den letzten Wochen versucht haben, aufgrund der Besetzung des Zeughausareals und insbesondere den Forderungen der Besetzerinnen und Besetzer eine Lösung für eine Zwischennutzung des Zeughausareals an der Baarerstrasse herbeizuführen.

Unter Einbezug von Markus Jans (Leiter des städtischen Sozialamtes), Sonja Hägeli (Kulturbeauftragte der Stadt), Vertreterinnen und Vertretern der GGZ und des Vereins Zuger Jugendtreffpunkte Zjt, sowie unter Beizug eines Ausschusses der Besetzerinnen und Besetzer des Zeughausareals wurde ein Weg gesucht, wie die Forderungen nach kostengünstigem sowie eigenverantwortlich genutztem Wohn- und Kulturraum auf legale Art und Weise umgesetzt werden könnten. Es besteht aufgrund der verschiedenen Gespräche mit den Beteiligten die Möglichkeit zur Bildung einer Trägerschaft, welche beim Bundesamt für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS das Areal oder Teile des Areals mindestens in einer Zwischennutzung zu mieten bereit und darüber hinaus auch den Besetzern eine Untermiete anzubieten bereit ist. Dieser Vorschlag zur Bildung einer Trägerschaft wurde von allen Beteiligten unterstützt.

Das VBS hingegen weicht nicht ab von der Forderung, direkt mit der Stadt oder dem Kanton über eine weitere Nutzung des Areals zu verhandeln. Der Stadtrat seinerseits will nichts von weiteren Verhandlungen mit dem VBS, auch nichts von einer Trägerschaft durch die GGZ – allenfalls in einem Schulterchluss mit dem Verein Zjt – wissen, zumal er vor allem keinerlei finanzielle Verpflichtungen eingehen will und sich durch die Besetzerinnen und Besetzer nicht unter Druck setzen lassen will.

Der Verein Zjt ist bereit, eine allfällige Trägerschaft der GGZ mit einem Mietverhältnis zu den jugendlichen Besetzerinnen und Besetzern im Minimum durch sein Know-how zu unterstützen. GGZ und der Verein Zjt stellen sich aber auf den Standpunkt, dass der Stadtrat das Vorhaben mindestens gutheissen soll. Bis heute hat sich der Stadtrat jedoch geweigert.

Der Kulturraum der Stadt für alternative Kultur im heutigen Podium 41 sowie in der Galvanik ist den Besetzerinnen und Besetzern keine Alternative, da diese Angebote einerseits zu strukturiert resp. zu einengend für die Aktivitäten der breiten neuen Bewegung der Skater und Besetzerinnen und Besetzer sind und auch nicht über das notwendige Raumangebot verfügen.

Die Besetzer ihrerseits zeigten, dass sie eine legale Lösung suchen, und besuchten anfangs vergangener Woche Stadtpräsident Christoph Luchsinger, um die Verhandlungen fortzuführen. Das VBS hielt in einem Schreiben an die vier unterzeichnenden Gemeinderätinnen und -räte fest, dass es an einer Räumung des Areals festhält, auf ein Angebot der Stadt wartet sowie an einer „friedlichen, aber raschen Lösung“ interessiert ist.

Aufgrund dieser Ausgangslage stellen sich für uns folgende Fragen:

1. Welches Ergebnis ergab die Besprechung zwischen dem Stadtpräsidenten Christoph Luchsinger und den Besetzerinnen und Besetzern?
2. Vertritt der Stadtrat auch die Meinung, dass die Forderungen der Bewegung der Skater und des Zusammenschlusses „lachende Altbauten“ nicht durch eine Räumung des Zeughausareals gelöst werden können und durch eine Räumung unzureichend beantwortet sind?
3. Wieweit versteht der Stadtrat die Forderung der Bewegung, namentlich der Skater und des Zusammenschlusses „lachende Altbauten“ auf eigenen Raum, eigene Kultur und Wohnmöglichkeiten?
4. Welche Massnahmen und Wege schlägt der Stadtrat vor, falls das Areal geräumt wird?
5. Worin bestehen für den Stadtrat die sachlichen oder politischen Gründe, auf die aufgezeigten und auch vorhandenen Möglichkeiten zur Legalisierung der Anliegen der Jugendlichen bis anhin in keiner Weise einzugehen?
6. Hat das VBS den Stadtrat um eine Abbruchbewilligung für das Zeughausareal ersucht? Wie hat sich der Stadtrat in dieser Frage verhalten?
7. Ist es richtig, dass das VBS einen Käufer für das Areal gefunden hat?
8. Worin besteht die stadträtliche Strategie, mit ähnlich gelagerten Anliegen von Jugendlichen in Zukunft umzugehen? Wie sollten seiner Meinung nach Jugendliche künftig vorgehen, damit ihre Anliegen gehört und beachtet werden?

Wir bitten den Stadtrat um die fristgerechte Beantwortung unserer Fragen und danken Ihm für seine Bemühungen.

Patrick Cotti
parteilos

Alice Landtwing
FDP

Martina Arnold
CVP

Urs Bertschi
SP

Kopie z.K. an:

- Neue Zuger Zeitung (redaktion@neue-zz.ch)
- Zuger Presse (redaktion@zugerpresse.ch)
- Radio Sunshine